



## **10. Europäischer Essaywettbewerb für Studentinnen und Studenten 2020/2021**

ausgerufen durch  
Martin Kastler MdEP a.D., Bundesvorsitzender der Ackermann-Gemeinde,  
und Doc. Dr. Matěj Spurný, Präsident der Bernard-Bolzano-Gesellschaft.

### **Thema: "Zwei Europas? Verstehen wir uns (noch)?"**

#### **1. Platz:**

##### **Sebastian Geigenberger**

20 Jahre, Student der Rechtswissenschaften an der LMU München

##### **Das Phantom im Kopf Trennlinien innerhalb der Europäischen Union**

Neben den politischen Grenzen zwischen verschiedenen Staatsterritorien, gibt es Grenzen, die auf den Karten nicht verzeichnet sind, sondern dort bestehen, wo keiner hineinschauen kann – in den Köpfen der Menschen. Diese Grenzen werden als Phantomgrenzen bezeichnet. Auch zwischen den Gesellschaften und Ländern der Europäischen Union lassen sich solche Trennlinien feststellen.

Europa war in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch den Eisernen Vorhang in einen marktwirtschaftlich-demokratischen und einen planwirtschaftlich-realsozialistischen Teil getrennt. Diese Trennung durch physische Grenzbefestigungen führte zu einer identitären Spaltung der Gesellschaften und damit zu einer ersten Phantomgrenze innerhalb der heutigen Europäischen Union. Während in Westeuropa die Gedanken des Multikulturalismus und der Multiethnizität Gestalt annahmen und durch Zuwanderung Realität wurden, blieben die ost- und ostmitteleuropäischen Staaten fest eingebunden in den sowjetischen Staatenverbund oder waren als Satellitenstaaten abhängig von ihrem „großen Bruder“. Die Folge daraus: Sie öffneten sich nicht gegenüber der in der freien Welt einsetzenden globalen Vernetzung. An deren Stelle wurde ein kommunistischer Internationalismus nach der von Karl Marx und Friedrich Engels ausgegebenen Parole „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ gesetzt, ja, aufoktroiert, und die nationalen Identitäten unterdrückt. Der Zerfall der Sowjetunion führte dann zu einem Aufeinanderprallen von gegensätzlichem Bewusstsein. Auf der einen Seite das westliche Europa, das – überzeugt von der Beschreibung Francis Fukuyamas, das „Ende der Geschichte“ sei gekommen – in liberaler Demokratie, Marktwirtschaft und Globalisierung den globalen Endzustand sah; auf der anderen Seite der Osten, der die Zügel des sowjetischen Sozialismus abgelegt hatte und nun seine eigene nationale Identität frei entfalten wollte, als die Idee des Nationalismus im Westen schon überkommen zu sein schien.

Dieser Widerspruch konnte nicht aufgelöst werden, im Gegenteil, er wurde durch den Beitritt der ehemals kommunistischen Staaten in die Europäische Union im Zuge der Osterweiterung am 1. Mai 2004 noch verstärkt. Zwar sucht die damit einsetzende wirtschaftliche Aufholjagd gegenüber dem „alten“ Europa seinesgleichen. Allerdings kam mit der Institution EU auch das Gefühl einer Bevormundung zurück, das mit dem Zerfall der UdSSR eigentlich überwunden schien. Erneut sollte ein politisches Konstrukt die Nation überwölben und die osteuropäische Idee eines „Europas der Vaterländer“ wurde durch die Idee der „immer engeren Union der Völker Europas“ ersetzt. Dort aber, wo Nationen eine eigene Identität aufbauen wollen, grenzen sie sich unweigerlich von dem Anderen, also gegenüber der Idee einer Europäischen Union als wirtschaftliches, politisches und sogar kulturelles Konstrukt, ab.

Diese Abgrenzung äußert sich in Ablehnung, die sich in der aktuellen Diskussion um die Grundwerte der europäischen Gemeinschaft zeigt. „Der neue Staat, den wir in Ungarn bauen, ist kein liberaler Staat, sondern ein illiberaler Staat.“, beschrieb der Viktor Orbán nach dem Wahlsieg der Fidesz-Partei 2014 seine Vision Ungarns. Aus dem Sieg in den Wahlkabinen leitete er die Legitimation und Ermächtigung zu einem umfassenden Umbau des Staates ab, der sich in der Einschränkung von Grundfreiheiten wie Meinungs- und Pressefreiheit, der Beschneidung der Verfassungsgerichtsbarkeit und der Wissenschaftsfreiheit, sowie der Durchdringung sämtlicher Institutionen durch Getreue der Fidesz-Partei äußerte. Orbáns Ansicht nach sei die ungarische Nation keine Gemeinschaft von Individuen, sondern ein Kollektiv, das nur durch die Partei repräsentiert werden könne. Doch wo die Mehrheit alles und die Minderheit nichts ist, da ist kein Platz für eine funktionierende Demokratie. Man möchte Orbán und seinen Wählern die Worte aus Schillers Dramenfragment Demetrius entgegenwerfen – „Was ist die Mehrheit? Mehrheit ist der Unsinn. Verstand ist stets bei wenigen nur gewesen. [...] Man soll die Stimmen wägen und nicht zählen. Der Staat muss untergehn, früh oder spät, wo Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet.“ – doch davon würde er sich nicht aufhalten lassen. Mit dem konsequent durchgezogenen Umbau des Staates entwickelte Viktor Orbán ein Drehbuch für andere autoritäre Kräfte, die in Ostmitteleuropa an die Macht kamen. So versucht sich Rumänien in der Justizkontrolle, die Slowakei kopiert Korruption und Vetternwirtschaft, in Polen strengt sich die Partei für Recht und Gerechtigkeit (PiS) an, „Budapest in Warschau“ zu errichten.

Und die Europäische Union? Die steht scheinbar machtlos an der Seitenlinie daneben. Strenge Worte alleine vermögen den illiberalen Umbau nicht aufzuhalten und die Mechanismen, die dafür geschaffen wurden, wirken nicht. Das Artikel-7-Verfahren, das im äußersten Fall zu einem Entzug der Stimmrechte des betroffenen Landes führen kann, ist ein stumpfes Schwert, da es für wirkliche Konsequenzen die Stimmen aller Mitgliedsstaaten braucht. Aufgrund des gegenseitigen Vetos, das sich Polen und Ungarn geben, ist dies aber unerreichbar. So entsteht zwischen Ost und West eine Trennlinie zwischen liberal und illiberal, zwischen rechtsstaatlich und autoritär, letztendlich: zwischen frei und unfrei. Nun darf man sich „den Osten“ aber nicht als undurchlässigen monolithischen, homogenen Block vorstellen, der in seiner Gesamtheit die demokratischen Errungenschaften der Aufklärung und des 20. Jahrhunderts ablehnt. Der Umbau der Zivilgesellschaft und des Staates führt in anderen osteuropäischen Ländern auf Ablehnung. Dennoch zeichnet sich aber das Bild einer Entfremdung zwischen Ost und West ab. In den Köpfen der Europäerinnen und Europäer entsteht eine Grenze – eine Phantomgrenze.

Sie steht aber auch für eine Entwicklung, die sich nicht nur in Ostmitteleuropa, sondern auch im westlichen Teil der EU und den USA feststellen lässt und die sich Populismus nennt. Populismus ist der Anspruch, alleine das „wahre“ Volk zu repräsentieren und die Überzeugung, gegenüber den anderen moralisch überlegen zu sein. Zu dem „wahren“ Volk gehört dieser Anschauung nach ausschließlich die ursprüngliche Bevölkerung. In einer Zeit, in der Millionen von Menschen aus dem Nahen Osten, aus dem Mittleren Osten und aus Afrika bei uns in der Europäischen Union temporären Schutz oder eine dauerhafte Heimat suchen, führt dieses Verständnis zwangsläufig zu einem Konflikt. Rückwirkend betrachtet kann der September 2015 als Zäsur dieses Konflikts, vielleicht als Zäsur der mittelfristigen Geschichte der Europäischen Union gesehen werden. Damals beschloss man in Brüssel die Umsiedlung von 120.000 Flüchtlingen aus den überfüllten Aufnahmelagern in Italien und

Griechenland. Die EU und insbesondere Deutschland verlangten aus einer Position der paternalistischen und moralischen Überlegenheit heraus und gegen den Willen der Visegrád-Staaten die Aufnahme von Menschen aus einem fremden Kulturkreis. Die Länder Ostmitteleuropas weigerten sich. In den anderen europäischen Staaten entstand der Eindruck, dass diese Länder die Union in einer existenziellen Krise aus fremdenfeindlichen Motiven heraus im Stich ließen. Man vermisste Dankbarkeit und Solidarität. Die Bürger Osteuropas fühlten sich dagegen unterlegen und als Bürger zweiter Klasse, deren Wünsche gegenüber dem arroganten Westen nichts zählten.

Der Graben innerhalb der Europäischen Union war aufgerissen und konnte mangels einer Lösung der Flüchtlingsfrage bis heute nicht geschlossen werden. Vielmehr kommen neue Konflikte hinzu. Jüngstes Beispiel, das in naher Zukunft auch noch stärker in den Fokus rücken wird, ist die Frage nach dem Umgang mit dem Klimawandel. Europa scheint keine gemeinsame Sprache mehr zu finden und das in Zeiten, in denen das vielleicht dringender wäre, als je zuvor. Themen wie Migration und Klimawandel lassen sich nicht im nationalen Alleingang lösen, die Wirtschaft muss gegenüber einem übermächtigen China bestehen und auf die USA als Hort von Demokratie und Liberalismus scheint auch kein Verlass mehr zu sein.

Damit Europa zu einer gemeinsamen Sprache zurückkehren können, braucht es ein höheres Maß an Einfühlvermögen untereinander, mehr Verständnis für die Phantomgrenzen, die in den Köpfen der Menschen bestehen und an die Stelle von Rigorismus sollte der Kompromiss als Art des demokratischen Interessenausgleichs treten. Dann hat das Konstrukt der Europäischen Union, das mit dem Ziel geschaffen wurde, Wohlstand und Frieden zu sichern, eine Chance zu überleben. Diese Chance muss Europa nutzen. Es lohnt sich für alle.